

Gastkolumne von Thomas Class

Geschäftsführer der Südwestmetall-Bezirksgruppe Ludwigsburg



Firmen der Metall- und Elektroindustrie sind weiterhin in schwieriger Lage

Die Metall- und Elektroindustrie (M+E) befindet sich auch in der Region Ludwigsburg und im Altkreis Leonberg weiterhin in einer schwierigen Lage: Aufgrund weltweiter Transportprobleme, hoher Energiepreise und einem Mangel an Rohstoffen und Vorprodukten können die M+E-Unternehmen ihre Auftragsbestände nur sehr verzögert abarbeiten.

Der Ukrainekrieg hat hier neue ökonomische Belastungen geschaffen und bestehende Belastungen verschärft. Und die rigide Zero-Covid-Politik in China stört die Lieferketten der M+E-Industrie aktuell weiter deutlich. Nach einer kurzen Entspannung zu Jahresanfang waren im Mai wieder neun von zehn M+E-Firmen von Material- und Lieferengpässen betroffen.

Dies hat zur Folge, dass viele M+E-Unternehmen mit einem hohen Bestand an unfertigen Produkten oder fertigen Erzeugnissen, die nicht vom Kunden abgerufen werden, konfrontiert sind. Die hierfür notwendigen Vorfinanzierungen belasten die Liquidität der Firmen vor allem im Zuliefererbereich und Projektgeschäft.

Hinzu kommen inzwischen fast unkalkulierbare Kostensteigerungen im Bereich Energie, Rohstoffe und Vorprodukte, die nur unvollständig und sehr unterschiedlich an die Kunden weitergegeben werden können. Das verschlechtert die finanzielle Lage vieler M+E-Firmen zusätzlich und führt zu

extrem großen Unterschieden bei der Ertragslage.

Die Bundesregierung hat mit verschiedenen Entlastungspaketen auf die stark gestiegenen Energiepreise reagiert. Insgesamt sind die Maßnahmen aber für die Wirtschaft unzureichend dimensioniert. So brauchen die Unternehmen jetzt unter anderem dringend eine Absenkung der Besteuerung von Strom und Erdgas auf den EU-rechtlichen Mindestsatz. Die Europäische Union hat angesichts der aktuellen Krise eigens die Regeln für Staatshilfen gelockert. Dieser Spielraum muss nun von der Bundesregierung auch genutzt werden.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Firmen trotz aller wirtschaftlichen Widrigkeiten weiter enorme Investitionen in die Dekarbonisierung und Digitalisierung ihrer Aktivitäten tätigen müssen. Deshalb sollten nun auch die von der Bundesregierung geplanten Sonderabschreibungen und verbesserten Verlustverrechnungen rasch auf den Weg gebracht werden. Dies würde die angespannte Liquiditätssituation vieler Unternehmen verbessern und ihnen mehr Spielraum für die dringend benötigten Investitionen geben.

Und natürlich darf es keine weiteren Kostenbelastungen für die Unternehmen geben. So muss unbedingt ein weiterer Anstieg der Lohnzusatzkosten vermieden werden. Oberstes Ziel muss deshalb sein, dass die Sozialabga-

ben die Grenze von 40 Prozent des Bruttolohns nicht überschreiten. Leider finden sich im Programm der Ampelkoalition keine wirklichen Reformkonzepte zur Begrenzung der Sozialausgaben. Zum Teil sind sogar neue, teure Ausgabenpakete geplant, die die langfristige Finanzierung der Sozialversicherung noch weiter erschweren würden.

So kann und darf es nicht weitergehen. Es ist schon eine mehr als riskante Entwicklung, wenn der Sozialstaat Jahr um Jahr mit höheren Raten wächst als die Wirtschaft insgesamt. Immer neue Leistungsausweitungen sind sicher nicht der richtige Weg. In dieser Legislaturperiode muss es endlich eine ernsthafte Debatte darüber geben, wie die Sozialversicherungssysteme dauerhaft finanzierbar gehalten werden können.

Anzeige

HIGH SCORE DIGITAL

WIR MACHEN SIE
ONLINE SICHTBAR

HIGHSCORE-DIGITAL.DE

Anzeige

GRUB
RECHTSANWÄLTE & NOTARE

IHR RECHT IST UNSERE KOMPETENZ